Der Moabiter Krawallprozeß.

Nach 43 Verhandlungstagen ist der Prozeß wegen der September-Krawalle im Berliner Stadtteil Moabit zu Ende gegangen. Von den 34 Angeklagten sind einige zu Geldstrafen, andre zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu (in einem Falle) dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und wieder andre freigesprochen worden. Wie hat sich doch im Lichte der Beweisaufnahme, für die Hunderte von Zeugen bemüht waren, das Bild der Vorgänge gewandelt, das man nach den ersten Berichten und nach der Anklageschrift des Staatsanwalts haben mußte. Wir glaubten vor den Schranken des Gerichts das

Nachspiel einer niedergeschlagenen Revolution

zu erleben und sahen doch nur die Darstellung von Vorgängen, die sich, um mit dem Berliner Professor v. Schmoller zu reden, überall einmal ereignen können. Wir glaubten in dem Krawall in Moabit die Vorboten einer Revolution sehen zu müssen, und erkennen nun, daß es sich um einen Pöbelauflauf handelte, in den aus Unvorsichtigkeit oder in einer leidenschaftlichen Aufwallung, die aus dem wirtschaftlichen Kampf heraus verständlich wird, auch sonst besonnene Bürger verwickelt wurden. Wenn man nun gar in Betracht zieht, daß die Urteilsbegründung ausdrücklich hervorhebt, daß

polizeiliche Übergriffe

und Mißgriffe in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere in den Fällen der Beleidigungen (auch von Frauen), die ganz grundlos gefallen sind, stattgefunden haben," so hat man ein Gefühl der Befreiung, daß die ganze Sache ein Ende hat, und nur mit tiefstem Mißbehagen kann man daran denken, daß durch die von einigen Verurteilten eingelegte Berufung (wegen nicht genügender Würdigung ihrer Entlastungszeugen) die ganze unliebsame Geschichte noch einmal aufgerollt wird. Wenn der Prozeß überhaupt ein versöhnliches Moment enthielt, so war es die Leitung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Lieber, derselbe, den die Angeklagten wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen versucht hatten. Der Vorsitzende hat mit einer Unparteilichkeit, die das hier und da nicht zuverlässige

Vertrauen in die preußische Rechtspflege

ganz entschieden zu stärken geeignet ist, Licht und Schatten in der Urteilsbegründung zu verteilen gesucht und wenn er zu dem Schluß kommt, daß die Polizei, oder vielmehr eine Anzahl ihrer Organe, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe standen, so gibt das doch entschieden zu denken. Daß sich das Verhältnis von Polizei und Publikum gerade in Berlin immer mehr verschlechtert, ist eine alte Klage, die nicht dadurch verstummen gemacht wird, daß man allein der jahrelangen sozialdemokratischen Verhetzung (die an sich nicht zu leugnen sein dürfte) die Schuld gibt. Gerade der Prozeß hat gezeigt, daß an den im Reiche sprichwörtlich gewordenen schlechten

Beziehungen zwischen Publikum und Polizei

auf beiden Seiten die Schuld liegt. Es soll hier nicht auf das Beispiel Londons verwiesen werden — andre Himmelsstriche, unter denen andre Temperamente atmen, erfordern andre Maßnahmen — aber das darf, immer im Hinblick auf die Feststellungen des Moabiter Gerichts, die in der Urteilsbegründung niedergelegt sind, wohl gesagt werden: Auch in Berlin (wie überhaupt in Preußen) kann die Polizei ist das rechte Verhältnis mit dem Publikum gelangen, wenn der jungen Beamten (nur um diese handelt es sich ja vorzugsweise) immer wieder ans Herz gelegt wird, daß sie in erster Linie schützende Helfer des Publikums sein sollen. Gegen diesen Grundsatz — das zeigt auch das Moabiter Urteil, wie fast jeder einzelne Verhandlungstag — wird nur zu häufig gesündigt. Und wenn der Prozeß hier den Anstoß zu einer Reform gegeben hat, so werden seine Wirkungen segensreich sein und weit über den Rahmen der Ahndung begangener Verfehlungen hinausreichen. Das ist auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Presse und — so weit solche Stimmen vorliegen — auch der Auslandsblätter. Westmann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Wie verlautet, beabsichtigt Kaiser Wilhelm am 18. Januar in größerer Anzahl wie früher hohe Ordensauszeichnungen zu verleihen. Zu gleicher Zeit soll eine wesentliche Verschiebung in den leitenden Stellen in Heer und Marine stattfinden.

* Das Rätselraten, wann die Neuwahlen zum Reichstage stattfinden, wird in der Presse eifrig fortgesetzt. Gegenüber den verschiedenartigen Gerüchten kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Regierung bisher noch keinerlei Entscheidung über diese Frage bekannt gegeben hat. Der Termin der Neuwahlen wird nicht zumindest auch davon abhängen, wie der Reichstag die seiner noch harrenden Aufgaben erledigt.

* Dem Reichstage ist ein Antrag zugegangen, den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf betr. die Änderung des Impfgesetzes vorzulegen. In diesem Gesetzentwurf soll auch die Gewissensklausel eingeführt werden derart, daß jede Person vom Impfzwang zu befreien ist, die der zuständigen Behörde erklärt, daß sie vor ihrem Gewissen die Impfung ihres Kindes nicht rechtfertigen kann. Der Zwang zur Durchführung der Impfung soll in jedem Fall ausgeschlossen sein.

* Der Erlös aus Beitragsmarken bei den Invaliden-Versicherungs-Anstalten hat im Monat November 1910 rund 15,6 Millionen Mark oder 0,9 Mill. Mk. mehr als im gleichen Monate 1909 betragen.

* Infolge der Vorkommnisse vom 8. d. Mts. in Metz, wo die Mitglieder des französischen Vereins Lorraine Sportive mit Gewalt versuchten, ein verbotenes Konzert abzuhalten, ist jetzt der Verein aufgelöst und sein Vorsitzender wegen Sachbeschädigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet worden. Wie halbamtlich verlautet, soll übrigens die eingeleitete Untersuchung überraschende Beweise für die deutschfeindlichen Bestrebungen gewisser Kreise in den Reichslanden ergeben haben.

* Die neugegründete Minenkammer in Lüderitzbucht (Deutsch-Südwestafrika) hat dem Reichskolonialamt einen Satzungsentwurf vorgelegt. Staatssekretär v. Lindequist hat erklärt, daß er grundsätzliche Bedenken gegen die amtliche Anerkennung der Lüderitzbuchter Minenkammer als Gesamtvertretung der südwestafrikanischen Mineninteressenten nicht erhebe.

Österreich-Ungarn.

* Kaiser Franz Joseph, der wegen eines leichten Nebenkopfkatarrhs einige Tage das Zimmer hüten mußte, ist wieder völlig hergestellt. Der Monarch erteilt bereits wieder die täglichen Audienzen.

Frankreich.

* Der Minister des Äußeren, Pichon, hat jetzt in der Kammer seine mit großer Spannung erwartete Rede über die äußere Politik Frankreichs gehalten und sich bei dieser Gelegenheit auch eingehend mit der Entwickelung der deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt. Der Minister äußerte sich, wie vorauszusehen war, sehr vorsichtig. Er hob hervor, daß das Abkommen zwischen Deutschland und Rußland Frankreichs Verhältnis zu dem Zarenreiche durchaus nicht berühre, und daß diese Annäherung ein neues Unterpfand für den europäischen Frieden sei. Bemerkenswert war die kühle Haltung, die der Redner gegenüber Österreich-Ungarn einnahm. Er erklärte wörtlich: „Unsre Beziehungen zu dieser Macht hängen wesentlich von den Verpflichtungen ab, die Bündnisse und Freundschaftsverträge uns auferlegen." Diese Worte zeigen, daß es in der internationalen Politik gewisse Unterströmungen gibt, die durchaus nicht beruhigend sind.

* Zu den Schwierigkeiten, denen das französische Kolonisationswerk im Innern Afrikas begegnet, gesellen sich jetzt neue Sorgen wegen der Unruhen, die an der Elfenbeinküste (Westafrika) ausgebrochen sind. Dort fanden, wie erst jetzt bekannt wird, in den letzten Monaten verschiedene schwere Gefechte der französischen Kolonialtruppen mit den Eingeborenen statt, die zwar unterworfen wurden, aber den Franzosen große Verluste zufügten. Es sollen etwa 100 Mann getötet bezw. verwundet worden sein.

Portugal.

* Die Alarmnachrichten aus Portugal, wonach der von den Eisenbahnern erklärte Generalstreik auch auf andre Kreise der Bevölkerung übergegriffen hat, bestätigt sich halbamtlichen Berichten zufolge nicht. Es wird allerdings zugegeben, daß zuerst das Militär in Lissabon zusammengezogen wurde, weil man Ausschreitungen befürchtete, doch ist es nirgends zu nennenswerten Zusammenstößen gekommen. Die Regierung hofft, daß ihre Vermittelung eine Beilegung des Streiks herbeiführen wird.

Amerika.

* In einer Sonderbotschaft an den Kongreß der Ver. Staaten fordert Präsident Taft fünf Millionen Dollar (über 20 Mill. Mk.) als erste Rate für die Befestigung des Panamakanals. Im ganzen sind für die Befestigung 30 Millionen Dollar vorgesehen.

Japan.

* Die japanische Regierung hat durch ihren Generalkonsul in San Francisco Einspruch gegen die dem kalifornischen Parlament vorliegenden japanfeindlichen Gesetzentwürfe erheben lassen, mit der Begründung, daß die Annahme dieser Vorlagen die Verhandlungen über einen japanisch-amerikanischen Vertrag ungünstig beeinflussen würde.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Donnerstag die zweite Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch. Abg. von Dziembowski (Pole) beantragte eine Abschwächung des Aufreizungsparagraphen, dergestalt, daß Bestrafung nur eintreten soll, wenn es sich um Aufreizungen handelt, die Gewalttätigkeiten in naher Zukunft befürchten lassen. Da aber die Kommission beschlossen hatte, diese Frage nicht in diesem Notgesetz zu erledigen, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. Eine längere Besprechung knüpfte sich an § 3a, der bei den Bestimmungen über Tierquälerei neu eingefügt hatte: Landesrechtliche Bestimmungen, welche in das rituelle Schächten von Tieren eingreifen, sind unzulässig. Abg. Gröber (Zentr.) meinte, man habe sich mit dem Schächten aus Gründen religiöser Duldung und Freiheit abzufinden. Daher stimmen seine Freunde dem Kommissionsbeschluß zu. Abg. Gräf-Weimar (wirtsch. Vgg.) betonte, das Schächten berühre nicht das Gebiet der Religion, sondern die öffentliche Moral und Humanität. Staatssekretär Lisco bezeichnete den Kommissionsantrag als unannehmbar, weil man nicht diese Frage und was mit ihr zusammenhängt, in die Vorlage einbeziehen könne. Die Kommissionsbeschlüsse wurden schließlich angenommen. Sodann wurde die Änderung des Beleidigungsparagraphen ohne Debatte angenommen.

Am 13. d. Mts. wird die Einzelberatung der Novelle zum Strafgesetzbuch fortgesetzt.

Die Sozialdemokraten beantragen, sachlich zu dem am Freitag bereits angenommenen Abschnitt „Beleidigungen", der Verschärfungen der Strafe für Wiederholungsbeleidigungen bis zu 20 000 Mk. vorsieht, hiermit jedoch als Artikel 5a einen neuen Paragraphen, der die Wahrnehmung öffentlicher Interessen erheblich ausdehnen will.

Über die Zulässigkeit dieses Antrages entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Präsident Graf Schwerin betont, die zugehörige Materie sei bereits gestern erledigt. Gleichwohl werde er das Haus befragen, ob es den Antrag noch besprechen wolle.

Das Haus entscheidet nach längerer Debatte mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und einzelner Nationalliberaler die Unzulässigkeit des Antrags.

Schutz der Jugendlichen.

Es folgt § 223, Abs. 2, der nach den Kommissionsbeschlüssen Strafe vorsieht, wenn gegen eine noch nicht achtzehn Jahre alte oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht oder seinem Hausstand angehört, mittels wiederholter roher oder boshafter Behandlung begangen wird oder derjenige, der zur Fürsorge einer solchen Person verpflichtet ist, eine derartige Körperverletzung duldet.

Abg. Fasbender (Zentr.) begründet einen auch von Konservativen und Nationalliberalen unterstützten Antrag, nach dem das Alter auf 16 Jahre herabgesetzt wird und Strafe schon bei einmaliger roher Behandlung eintritt. Der Passus über Duldung von Körperverletzung bei derartigen Personen soll fortfallen. Weiter soll in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Abg. Stadthagen (soz.): Die Herabsetzung des Strafalters, wie sie der Vorredner will, muß zu den schlimmsten Mißständen führen. Die jüngsten Prozesse gegen Leiter von Fürsorgeerziehungsanstalten sagen in dieser Richtung genug. Wir würden sogar lieber 21 statt 18 Jahre sagen.

Abg. Heinze (nat.-lib.): Man darf zum Schutz solcher Rechtsgüter auch nicht zu weit gehen. Wir können nicht zugeben, daß 16- und 17jährige Personen völlig wehrlos sind; sie können sich wehren oder zur Polizei gehen. Wenn anderseits jemand z. B. einen 16jährigen Sohn körperlich züchtigt, so kann das eine Roheit sein, aber es ginge zu weit, in allen diesen Fällen wegen Roheit von Amts wegen vorzugehen.

Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.): Der Antrag Fasbender bringt Verwirrung in die Situation. Abg. Fasbender war in der Kommission selbst für 18 Jahre. Für uns ist maßgebend die kriminalpolitische Wehrlosigkeit und die reicht bis zum 18. Lebensjahr. Ein Wort nur zur Beruhigung der deutschen Lehrerschaft. Ihre Befürchtung, daß auch jede einzige kleine einfache Mißhandlung unter diesen Paragraphen fiele, ist gegenstandslos. Allerdings wäre mir das liebste, es würde in den Schulen überhaupt nicht mehr geprügelt.

Staatssekretär Lisco: Ich würde in erster Linie das 16. Jahr empfehlen, aber schließlich auch nichts gegen das 18. Jahr haben. Ich warne aber vor der Bestimmung „rohe oder boshafte Behandlung"; „grausam" wäre hier das richtige Wort. Die Wendung „besonders schwerer Fall" scheint mir zu dehnbar zu sein.

Abg. Kölle (wirtsch. Vgg.): Wir sind für den Antrag Fasbender. Für 16 wie für 18 Jahre lassen sich Gründe anführen. Wer aber unsre Jugend kennt, weiß, daß bei 16 und 17 Jahren von Wehrlosigkeit nicht die Rede ist. Besonders wertvoll am Antrag erscheint uns die Möglichkeit, nun auch die Zuhälter energischer zu fassen.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Abg. Gröber (Ztr.): Kompromisse verderben das gute Herz. Das sieht man am Antrag Fasbender, dem ich nicht zustimmen kann. Ich würde für Roheit oder Bosheit viel lieber sagen: Gefühllosigkeit.

Ein Regierungskommissar: Eine grundsätzlich verschiedene Auffassung liegt nicht vor. Nach Ansicht der Regierungen aber schließt das Schutzalter am besten mit dem 16. Lebensjahr. Den letzten Passus, der Zuchthaus vorsieht, bitte ich abzulehnen.

Abg. Frohme (soz.): Das Schutzalter bis zum 18. Jahre auszudehnen, sollte eine selbstverständliche Mindestforderung sein.

Abg. Hormann (fortschr. Vp.): Der Antrag Fasbender trifft das Richtige und trägt dem Volksempfinden Rechnung. Er bringt auch eine wesentliche Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Wagner (kons.): Der Kompromißantrag Fasbender bringt im Endergebnis keine Minderung des Jugendschutzes. Der Streit, ob 18, ob 16 Jahre, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich stimme für 16 Jahre, ohne betrübt zu sein, wenn die Mehrheit 18 Jahre beschließt.

Die Erörterung schließt. Die Altersgrenze wird auf das 18. Lebensjahr heraufgesetzt. Als Tatbestand des Delikts wird Körperverletzung durch grausame oder boshafte Behandlung bezeichnet. Die Zuchthausstrafe in besonders schweren Fällen fällt fort.

Das Haus vertagt sich.

Von Nah und Fern.

Das Komitee der Carnegie-Stiftung beschloß, daß die Einweihung des Friedenspalastes im Haag 1913 stattfinden soll. Man will die Feier nach Möglichkeit mit der Errichtung andrer internationaler Institute zusammenfallen lassen, namentlich mit der Errichtung einer internationalen Völkerrechtshochschule, der Einweihung eines Gebäudes für die internationalen Kongresse und der internationalen Landwirtschaftsausstellung. Man beabsichtigt, die Einweihung des Friedenspalastes zu einem großen Festtage zu gestalten.

Ein dunkles Rätsel.

65] Kriminalroman von Ernst Gelling.

(Nachdruck verboten.)

In der Nähe der Dampferbrücke, wo die Vergnügungsschiffe anlegen, bleiben die drei stehen und betrachten das farbenprächtige, lebendige Bild.

Da starrt Bruno plötzlich wie gebannt nach einem jener großen, mit tausend Menschen besetzten Schiffe hin, wo soeben die Glocke zur Abfahrt läutet. Seine Augen hängen an einer schlanken, dunkel gekleideten Frauengestalt, die allein auf dem Deck am Geländer steht und ihm ihr Gesicht zuwendet.

„Hilda! — Hilda!" ruft er plötzlich mit lauter Stimme. Und ehe seine beiden Freunde noch begreifen, was ihn in solche Ekstase versetzt, stürzt er wie ein Wahnsinniger auf die Brücke.

Die Frauengestalt aber hat sich abgewendet und ist in der wimmelnden Menge verschwunden. Bruno steht noch am äußersten Ende der Brücke und starrt dem Schiffe nach mit brennenden Augen, als Herbert Bendler und Harry Wilburg herbeistürzen.

„Was hast du? Um Gotteswillen, bist du von Sinnen?" rufen beide erschrocken.

„Sie war es, ich habe Hilda dort auf dem Dampfer gesehen! O, und nun — nun fährt sie davon!" stößt Bruno voller Verzweiflung heraus.

„Hilda Winter? Das ist ja unmöglich, Bruno," erwidert Herbert Bendler. „Du hast dich gewiß geäuscht. Wie sollte sie denn hierherkommen?"

„Sie ist es gewesen! Ich habe sie erkannt!" ruft Bruno, „und jetzt, da ich sie endlich gefunden, entführt sie mir das Schiff!"

Aber während Herbert Bendler ratlos den Kopf schüttelt, sagt Harry Wilburg entschlossen: „Kommen Sie, Bruno. Der Dampfer fährt ja nach dem Hafen. Wir benutzen die Eisenbahn und sind früher dort. — Herbert, Sie müssen zu unsern Damen gehen."

Bruno folgt dem Freunde in stürmischer Eile. Sie erreichen bald die Station und besteigen einen Zug, der sie nach der Stadt zurückbringt. Auf der East River-Station steigen sie aus und eilen nach dem Landungsplatz der Küstendampfer.

Als aber endlich der Dampfer anlangt, schauen sie vergeblich nach Hilda aus.

„Sie kann auf einer Station unterwegs schon ausgestiegen sein," sagt Harry Wilburg. „Daß wir auch daran nicht früher gedacht haben."

„Fährt das Schiff nicht weiter?" fragt Bruno dagegen.

„Ja, den ganzen East River hinauf."

„Dann ist sie vielleicht noch auf dem Dampfer."

Und Bruno drängt sich durch die Menge auf das Schiff. Harry Wilburg folgt ihm. Sie suchen die beiden Decks ab, sie steigen in die Salons hinunter — alles umsonst, von Hilda sehen sie nichts."

Inzwischen setzt sich das Schiff wieder in Bewegung und fährt unter der gewaltigen Brooklynbrücke den breiten Strom hinauf.

An der nächsten Station steigen wieder eine große Anzahl Passagiere aus und andre ein. Vorn auf Deck spielt eine Musikkapelle ununterbrochen und fröhliches Leben umgibt Bruno.

Nach kurzer Fahrt wieder ein Anlegeplatz. Es ist die Wackwellstation neben der neuen Riesenbrücke über den East River. Hier wird das Schiff fast ganz leer, doch hat es die Endstation noch nicht erreicht.

„Ich verlasse das Schiff nicht eher, als bis der letzte Passagier fort ist," sagt Bruno entschlossen.

„Es ist ja nutzlos, lieber Bruno," entgegnet Harry Wilburg. „Hier auf dem Schiffe ist sie nicht mehr, sonst hätten wir sie schon gefunden."

„Sie kann sich in eine der geschlossenen Kajüten begeben haben," meint Bruno darauf. „Diese wird sie erst dann verlassen, wenn das Schiff am Endziel eingetroffen ist."

Er vermutet, Hilda hat ihn bemerkt und halte sich deshalb verborgen.

„Alles aussteigen!" schallen plötzlich die Rufe der Schiffsmannschaft. Die Musik ist verstummt, der Dampfer fährt nicht weiter.

„Wo können wir beobachten, ohne selbst gesehen zu werden?" fragt Bruno den Freund.

„Gehen wir an Land! Hier auf dem Schiffe ist es nichts damit," erwidert Harry Wilburg, und sie folgen dem Strome der Passagiere bis zum Kai. Dort treten sie in eine Erfrischungshalle, wo sie beständig die Dampferbrücke im Auge behalten können. Nur noch vereinzelte Nachzügler verlassen das Schiff.

„Da ist sie!" ruft Bruno plötzlich, als er eine Dame in Trauerkleidung erblickt. „Sie ist es. O Gott im Himmel — ich würde sie unter Tausenden erkennen."

Er fiebert vor Erregung.

„Lieber Harry," sagt er mit bebender Stimme, „ich muß allein mit ihr reden. Wollen Sie zu den Ihrigen zurückkehren?"

Der junge Mann verabschiedet sich und entgegnet: „Ich hoffe, Sie bringen uns Hilda Winter mit!"

Die Dame hat den Platz kaum überschritten, als eine Stimme ihren Namen ruft — eine Stimme, bei deren Klang sie erschrocken zusammenfährt.

Bruno steht vor ihr und erfaßt ihre Hand, die sie unwillkürlich wie zur Abwehr ausstreckt.

„Hilda, — meine Hilda! — Finde ich dich endlich?" ruft er mit tiefster Bewegung.

Sie ringt sichtlich nach Fassung, doch sie sträubt sich nicht, als er ihren Arm nimmt und sie fortführt. Eine Weile geht sie schwankend an seiner Seite, ohne einen Laut hervorzubringen. Sie treten in einen kleinen, parkartigen Platz, wo Bruno sie nach einer leeren, einsamen Bank führt. Dort sinkt Hilda nieder und stößt tonlos heraus: „Ich bemerkte Sie, Bruno, und hoffte, Ihnen nicht mehr zu begegnen."

„Und warum flohst du vor mir, mein geliebtes, törichtes Mädchen?" fällt er ihr stürmisch ins Wort. „Ach, Hilda, nicht mit tausend Worten kann ich dir sagen, wie ich nach dir gebangt, mich gesehnt habe nach diesem Augenblicke des Wiedersehens. Und jetzt lasse ich dich nicht mehr. Was du mir geschrieben hast — was du auch noch einwenden magst — nichts kann uns länger trennen."

SLUB
Wir führen Wissen.